



**SCHLUSS MIT STRABS!**  
Arbeitsgemeinschaft  
der Bürgerinitiativen  
gegen Straßenausbau-  
beiträge in NRW

Lydia Schumacher  
Sprecherin der AG  
info@strabs.nrw  
www.strabs.nrw

Ausschuss für Kommunales  
Landtag NRW  
Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
17/2044**

Alle Abg

### **Anhörung am 18.11.2019**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der Bürgerinitiativen in der Landesarbeitsgemeinschaft „SCHLUSS MIT STRABS!“, der überparteilichen und unabhängigen Lobby der Betroffenen, gibt es nur eine gerechte Lösung bei Anliegerbeiträgen:

### **Die Abschaffung und die rückwirkende Entschädigung von Beitragsopfern!**

Jetzt hat die Landesregierung ihr „Fünftes Gesetz zur Änderung“ des KAG vorgelegt. Aus unserer Sicht ist das alles nicht innovativ. So lange Beiträge nach KAG § 8 erhalten bleiben, so lange werden sie ungerecht und existenzvernichtend sein. Und so lange werden auch die falschen Anreize gesetzt. Zum Beispiel werden Kommunen auch in Zukunft warten, bis die Straßen marode sind, um dann Anlieger an den Kosten zu beteiligen.

### **Angekündigte Halbierung der Beiträge – eine Farce**

Mit einem Förderprogramm will die Landesregierung die Beiträge von derzeit höchstens 80 Prozent auf künftig 40 Prozent der umlagefähigen Kosten „halbieren“. Dabei übersieht sie, dass deutlich weniger Kommunen die Anlieger mit 80 Prozent belasten als mit 50 Prozent. Bei Letzteren sinken sie dann zum Beispiel von 30.000 Euro auf 24.000 Euro. Das ist KEINE Halbierung, sondern ein Witz. Vor dem Hintergrund stetig steigender Preise im Tief- und Straßenbau werden die Beiträge in nur zwei Jahren wieder bei 30.000 Euro liegen. Mittelständler, die meist einen noch höheren Satz zahlen müssen, können sich die horrenden Rechnungen für die Straßen nicht leisten. Damit riskiert die Regierung den Verlust von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuereinnahmen in den Kommunen.

## **Ratenzahlung – die Scheinentlastung**

Raten und gesenkte Zinssätze sind nur scheinbar eine Erleichterung. Denn der Betrag bleibt derselbe, die Ungerechtigkeit die gleiche wie zuvor. Und: Wer nur eine Rente im dreistelligen Bereich bekommt, kann defacto davon keine 20 Jahre lang monatliche Raten abstottern – gleich in welcher Höhe. Auch junge Familien, die ein Haus bauen und Kinder in die Welt setzen, können solche zusätzlichen Belastungen nicht stemmen. Die Landesregierung, die ja immer wieder gerne propagiert, dass auch und gerade junge Familien mit geringem Einkommen Wohneigentum für ihre Altersvorsorge schaffen sollten, führt damit ihre eigene Aussage ad absurdum. Solche auf Kante genähten Finanzierungsmodelle können nur scheitern, sobald unversehens eine zusätzliche Belastung auf sie zukommt.

## **KAG § 8 – das Bürokratiemonster wächst**

Während sich die Landesregierung jüngst zur Halbzeit selbst auf die Schultern klopfte für Bürokratieabbau, wird sie hier aufgeblasen. Dabei schweigt das zuständige Ministerium zu allen relevanten Fakten. Wir erfahren weder, wie hoch der Reinerlös aus Anliegerbeiträgen ist, noch wie hoch die Verwaltungskosten für deren Vereinnahmung sind. In der Kommunalausschuss-Sitzung am 13.9.2019 haben wir erfahren, warum das so ist: Das Ministerium hält die Verwaltungskosten für „nicht relevant“. Das ist nachzulesen im Protokoll der 66. Sitzung vom 13.09.2019 auf Seite 66. Es wird also ein Geheimnis bleiben, während neue Fakten geschaffen werden. Ist das die Transparenz, von der allenthalben gesprochen wird? Für uns ist der Bürokratie-Anteil sehr wohl relevant, denn wir müssen ihn zahlen.

Laut einer „vorsichtigen“ Schätzung des Bundes der Steuerzahler, liegt der Verwaltungsaufwand aktuell bei 60 Millionen Euro pro Jahr. Die höchste eingenommene Summe aus Anliegerbeiträgen und Ersterschließungsbeiträgen nach Baugesetzbuch betrug laut Frau Ministerin Scharrenbach seit 2009 nur knapp das Doppelte: 127 Millionen Euro. Manche Städte haben es sogar geschafft, mehr für die Vereinnahmung auszugeben als sie eingenommen haben. Jetzt wird das Bürokratiemonster noch einmal gefüttert: Die Kommunen sollen künftig Anlieger frühzeitig informieren. Und sie sollen agieren wie Banken, indem sie Ratenverträge über 20 Jahre abschließen. Eine Kommune, deren Verwaltungsaufwand bereits jetzt bei 50 bis 60 Prozent der Einnahmen liegt, kam zu dem Ergebnis, dass nach Umsetzung der Gesetzesvorlage der Landesregierung Beiträge nur noch um der Beiträge Willen erhoben würden. Von den Einnahmen bliebe angesichts der Bürokratie kein Cent übrig für den Straßenbau. Und nicht ohne Grund hat sich das Ministerium 1,25 Millionen Euro in den Haushalt geschrieben, nur um das Förderprogramm zu handeln. Das alles ist das Gegenteil von Bürokratie-Abbau!

## **Schonung bei Eckgrundstücken, Minderung bei Tiefenbegrenzung – zahlen werden die Klein-Grundstücks-Besitzer dazwischen**

Eine Straße bildet eine Abrechnungseinheit. Wenn die Eckgrundstücke weniger belastet werden und wenn die Besitzer riesiger Grundstücke auch entlastet werden, dann steigen dadurch die Preise je Quadratmeter für alle Anlieger in dieser Abrechnungseinheit. Das kann für das kleine Grundstück dazwischen bedeuten, dass es teurer wird als je zuvor. Während das Gesetz also bisher den Streit in die Kommune zwischen Verwaltung und Anlieger trägt, wird es wohl in Zukunft den Zoff zwischen den entlasteten und den in Folge dessen stärker belasteten Nachbarn entlang einer Straße geben.

## **Das Förderprogramm – nährt das Bürokratiemonster**

Wir sind begeistert, dass die Landesregierung tatsächlich 65 Millionen Euro gefunden hat. Weniger begeistert sind wir davon, wofür sie dieses Steuergeld ausgeben will. So wie derzeit eingeplant, wird die Summe nämlich nur das Bürokratiemonster nähren. Dabei würde es Sinn machen, die 65 Millionen unseres Steuergeldes jetzt in eine echte Erleichterung zu investieren – und abzuschaffen. Da uns bis heute keine Fakten vorliegen, müssen wir mit dem rechnen, das uns vorliegt:

127 Millionen Euro minus 65 Millionen Euro = 62 Millionen Euro. Legen Sie diese drauf und alles wird gut. Dann sparen die Kommunen horrenden Verwaltungsaufwand und haben sogar deutlich mehr Geld für Straßenausbau vor Ort zur Verfügung als je zuvor.

## **Fazit:**

Man muss sich tatsächlich nicht wundern, dass die politischen Ränder zur politischen Mitte werden. Auch in NRW erleben die Menschen, dass eine Landesregierung die fast 500.000 Unterzeichner der Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler ignoriert. Dabei wissen wir, dass von den meisten Familien nur einer unterschrieben hat, und dass es noch deutlich mehr Hausbesitzer gibt, die auf unserer Seite stehen. Wir alle sind das Rückgrat der Gesellschaft, die stabile Mitte, von der diese Landesregierung sicher gerne wiedergewählt werden möchte. Dazu müsste sie sich zunächst anders verhalten und den Dialog mit den Betroffenen suchen. Oder zumindest die in Briefen an sie gestellten Fragen beantworten.

**Wir laden an dieser Stelle ausdrücklich zum Dialog mit uns ein!**

+ beste Grüße,

Lydia Schumacher

(im Auftrag aller BI)